



„Forum Wald und Klima“ - Ergebnisse

Forum II „Wald ist Eigentum– Gesellschaftliche Anforderungen an den privaten Wald und Möglichkeiten der Förderung von forstlicher Betreuung und waldbaulicher Maßnahmen“

“
–

Moderator: Volker Schulte

Auf dem Podium: Norbert Leben (Präsident vom Waldbesitzerverband Niedersachsen), Hans-Joachim Harms (Direktor der LWK Niedersachsen), Helmut Dammann-Tamke (MdL CDU), Miriam Staudte (MdL / Grüne), Ina Abel (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Jörg Becker (Bund Deutscher Forstleute)

Situationsanalyse (Konsens):

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In den Bereichen Energie- und Ressourcenverbrauch müssen wir grundlegend umsteuern. Wälder leisten einen maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz (CO₂-Speicherung in den Wäldern, in langlebigen Holzprodukten, von Substitution „CO₂-intensiven“ Rohstoffen und Energieträgern).

Die klimawandelbedingten Schäden im Wald sind nicht von Waldbesitz und Forstleuten zu verantworten. Die Ökosystem- und Erholungsleistungen des Waldes sind im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Es ist daher legitim und notwendig, für Walderhaltung, Wiederbewaldung und Waldumbau öffentliches Geld einzusetzen.

Die Forstbetriebe und die Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse (FWZ) leben bislang hauptsächlich vom Holzverkauf. Infolge des immensen Schadholzaufkommens und des damit verbundenen Preisverfalls brechen die Einnahmen weg. Viele Betriebe und Zusammenschlüsse wissen nicht, wie sie die kommenden 2-3 Jahre wirtschaftlich überstehen sollen. Sie wissen nicht, wie sie ihre laufenden Kosten (insbes. Personalkosten bzw. Dienstleistungsentgelte der Betreuungsorganisationen) decken sollen, geschweige denn, womit sie Wiederbewaldung und Waldumbau finanzieren sollen.

Gleichzeitig steigt das Arbeitsvolumen deutlich an und kann mit der gegebenen Personalausstattung **nicht** bewältigt werden.

Die Förderprogramme sind in der bisherigen Form nicht ausreichend, um die Forstbetriebe und die FWZ in die Lage zu versetzen, die aktuellen und künftigen Herausforderungen nachhaltig zu meistern. Eine Anteilsfinanzierung läuft ins Leere, wenn Forstbetriebe bzw. FWZ ihren Eigenanteil nicht aufbringen können.

Maßnahmen (überwiegend Konsens):

Forstbetriebe bzw. FWZ brauchen neben dem Holzgeschäft weitere finanzielle Standbeine. Ökosystem- und Erholungsleistungen müssen nicht nur mit warmen Worten, sondern auch finanziell honoriert werden. Hierbei braucht es zielgerichtete und attraktive Anreize z. B. im Bereich Vertragsnaturschutz. Eine pauschale Flächenprämie wird dagegen nicht für zielführend angesehen.

Der Waldbesitz fordert eine 100%-Förderung für die Wiederaufforstung von Schadflächen – deren Ursache gesellschaftlich bedingt ist. Eine Forderung, die auch von der Politik unterstützt wird. Dem stehen haushalts- und förderrechtliche Vorgaben entgegen, die es zu überwinden gilt.

Die für wichtige Fördertatbestände geltende Deminimis-Grenze (z. B. Forstschutz, Förderung der FWZ) muss fallen. Nur so ist zu gewährleisten, dass FWZ und größere Waldbesitzer die angebotenen Fördermöglichkeiten auch wirklich nutzen zu können. Um dies zu erreichen, sind die entsprechenden Förderrichtlinien der EU zur Notifizierung vorzulegen.

Das Förderverfahren in Niedersachsen muss vereinfacht werden (Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen, dass dies offenbar möglich ist). Die angekündigte Überarbeitung des Forstförderprogramms ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Waldbrandprävention muss ausgebaut werden.

Mehr Forstpersonal auf allen Ebenen, in der Betreuung, im Bereich der Förderung (Förster) und bei den Forstunternehmern (Forstwirte, Forstmaschinenführer), wird allseits als dringend erforderlich gesehen, um die aktuellen und die noch kommenden Herausforderungen zu bewältigen. Bislang völlig unklar bleibt dagegen, wie die wirtschaftlich ausblutenden Forstbetriebe und FWZ ihr vorhandenes Personal bzw. ihren bewährten Dienstleister halten können oder zusätzlich erforderliches Personal / zusätzliche Dienstleistungen finanzieren sollen. Dieses Problem schlägt unmittelbar auf die Betreuungsorganisationen LWK und NLF durch. Daher es bedarf zeitnah eines Konzeptes, wie öffentliches Geld eingesetzt werden kann, um das dringend benötigte Forstpersonal bei den Forstbetrieben, bei den FWZ und bei den Betreuungsorganisationen abzusichern.

In diesem Zusammenhang wäre es absolut kontraproduktiv, wenn das bewährte Betreuungssystem mit Beratung und Dienstleistung aus einer Hand aus wettbewerbs-, vergabe- und beihilferechtlichen Gründen zerschlagen würde. Denn dies würde im Zweifel zu deutlich weniger denn mehr Personal bei den Betreuungsorganisationen führen.